

Änderungsantrag: Die Kreismitgliederversammlung der Kölner Grünen am 29.8.16 möge beschließen, den vorliegenden Antrag "Grün umsteuern" in Gänze durch folgenden Antragstext zu ersetzen.

# Chorweiler Erklärung

## Grün "umsteuern": Einfacher, ehrlicher und gerechter zu einem solide und nachhaltig finanzierten Gemeinwesen

Wir Grüne wollen die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen sichern, das soziale Sicherheitsnetz wieder enger spannen und die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich schließen. Dafür wird es nötig sein, unsere Steuereinnahmen dauerhaft auf eine solide Basis zu stellen, indem wir auf allen Ebenen gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung, insbesondere von großen multinationalen Unternehmen kämpfen, sowie ökologisch und ökonomisch unsinnige Staatssubventionen abschaffen. Wir wollen den Steuerdschungel lichten, so dass er auch ohne teure Berater durchschaubar wird. Wir wollen das Steuerrecht unter Nachhaltigkeitsaspekten umgestalten und vor allem die Steuerlast gerechter verteilen.

Deshalb müssen wir diejenigen stärker zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben heranziehen, die besonders breite Schultern haben. Dazu fordern wir eine moderate, unbürokratische und verfassungsfeste Steuer auf Vermögen ab 2 Millionen Euro, von der nur das oberste Prozent der Bevölkerung betroffen ist. Wir wollen zudem die Erbschaftssteuer fairer gestalten, indem wir die Freibeträge für Erben erhöhen, gleichzeitig aber alle Vermögensarten gleichmäßiger einbeziehen.

Wir wollen Geringverdiener bei der Einkommensteuer entlasten und Spitzenverdiener (ab 120.000 € Jahreseinkommen) stärker in die Verantwortung nehmen. Den Solidaritätszuschlag wollen wir in eine echte Kommunalsteuer umwandeln, die strukturschwachen Regionen unabhängig von der Himmelsrichtung zugute kommt.

Das Ehegattensplitting wollen wir über einen längeren Zeitraum und behutsam durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum ersetzen. Insoweit dadurch Mittel frei werden, müssen diese in eine stärkere Förderung von Lebensgemeinschaften mit Kindern investiert werden.

Wir wollen den Mindestlohn schrittweise erhöhen und Arbeitseinkommen nicht mehr höher besteuern als Kapitalerträge.

Außerdem fordern wir:

- Die Abschaffung der (Zins)Abgeltungssteuer
- Eine möglichst europaweite Finanztransaktionssteuer
- Eine unideologische und nachhaltige Herangehensweise an das Thema staatlicher Kreditaufnahme angesichts aktueller Niedrig- und Negativzinsen

So sorgen wir für mehr Verteilungsgerechtigkeit, stärken den Solidaritätsgedanken sowie sozialen Zusammenhalt in unserem Land und nehmen dadurch den Populisten an den politischen Rändern den Wind aus den Segeln.

*Wie beauftragen den Delegiertenrat am 19.9.2016 damit, die steuerpolitische Position des Kölner Kreisverbandes der Grünen und deren Erklärung weitergehend auszuformulieren, zu beschließen und öffentlich zu verbreiten.*

**Antragsteller\*innen:** Marc Kersten, Roland Schwarz, Jörg Eichenauer, Fabio A. Voss, Tobias Grupe, Till Hofmann, Georg Sieglein, Markus Wagener, Norbert Schäfer, Michael Lang, Andreas Franco